

# Wiener Umwelthanwaltschaft (WUA)

Nach wie vor ist es eine ganz zentrale Aufgabe der Wiener Umwelthanwaltschaft (WUA), nicht nur auf operativer Ebene zu arbeiten – d. h. in konkreten Fällen zu konkreten Projekten Stellung zu beziehen und die Interessen des Umweltschutzes zu vertreten –, sondern vor allem auf einer vorgelagerten, **strategischen Ebene** tätig zu sein und Initiativen zu setzen.

Ein zusätzlicher Arbeitsschwerpunkt ergab sich im Jahr 2000 aus zahlreichen Beschwerden und Anfragen in Bezug auf die **Errichtung von Mobilfunksendeanlagen**.

Während des Berichtszeitraums bearbeitete die WUA 1.359 Geschäftsfälle (davon 1.183 protokollierte Fälle, 93 nichtprotokollierte sowie 83 Internetanfragen).

## Am Anfang war die Gstett'n – Wiener Stadtwildnisflächen. 2., überarbeitete Auflage 2000

Die rege Nachfrage von Schulen, Privaten und diversen Institutionen nach dem 1995 von der WUA publizierten „Gstett'nführer“ machte 2000 eine 2. Auflage notwendig. Wie nicht anders zu erwarten, wurden seit 1995 einige Gstett'n verbaut, was in der Überarbeitung selbstverständlich berücksichtigt wurde. Sehr wahrscheinlich sind in den letzten Jahren auch neue Gstett'n entstanden, da die Ursachen für ihre Entstehung nach wie vor wirksam sind: Gärtnereien und Äcker bleiben unbearbeitet, Industrieruinen verfallen langsam und Kleingartenanlagen verwildern, weil die Folgenutzung aus verschiedensten Gründen oft Jahre auf sich warten lässt. Die Beschreibungen im Gstett'nführer haben weiterhin beispielhaften Charakter, eine flächendeckende Erhebung übersteigt unsere Möglichkeiten.

In der Neuauflage wird jetzt auch das „neue“ Wiener Naturschutzgesetz 1998 angesprochen, welches zur Vernetzung von Grünstrukturen die Ausweisung Ökologischer Entwicklungsflächen ermöglicht. Gstett'n können nunmehr erhalten und durch Pflegemaßnahmen gezielt entwickelt werden.

Ebensowichtig wie der gesetzliche Schutz ist aber die Bewusstseinsbildung, weshalb in der 2. Auflage auch der von der WUA initiierte Stadtökologische Erlebnispfad „Grünspur“ zwischen Urania und Rochusmarkt im 3. Bezirk thematisiert wird. Wie im Gstett'nführer erfährt der Besucher hier u. a. Wissenswertes über Wildkräuter und Tiere in der Stadt, wobei interaktive Stationen die Informationen spannend und anschaulich machen.

Die im Gstett'nführer propagierte temporäre Nutzung von Baulücken als Freiräume für Kinder und Jugendliche wird mittlerweile von der Mehrfachnutzungs koordinatorin der Stadt Wien betrieben, die bereits erste Erfolge vorweisen kann. Offensichtlich ist das Bewusstsein für die „Wildnis in der Stadt“ bereits ein wenig gewachsen. Mit der Neuauflage unseres Gstett'nführers hoffen wir weiter zur Akzeptanz der ungeplanten Natur in der Stadt beizutragen.

## „Naturschutz in Wien“ – Experteninterviews i. A. der WUA

Ca. 20 in Abstimmung mit der Auftraggeberin ausgewählte Akteure des Naturschutzes in Wien aus Wissenschaft, Verwaltung, Politik, Natur- und Umweltschutzvereinen sowie von diversen Interessenvertretungen wurden im November 2000 in Experteninterviews zu Stärken, Schwächen und Handlungsbedarf im Zusammenhang mit dem Wiener Naturschutzgesetz befragt. Der aus dieser Befragung entstandene Bericht ist Grundlage für einen Workshop im Frühjahr 2001. Hinterfragt wurden u. a. der Bewusstseinsstand der WienerInnen in Bezug zum Naturschutz, Anreize zur Verhaltensänderung, die Naturschutzarbeit der Stadtverwaltung, die Möglichkeit Natur im Alltag zu erleben, Auswirkungen des Wiener Naturschutzgesetzes 1998 sowie Beurteilung und Konsequenzen von Eingriffen in den Naturhaushalt. Ziel des Workshops ist die Identifizierung vordringlicher Handlungsfelder des Wiener Naturschutzes sowie die Entwicklung entsprechender Ziele und Maßnahmen. Darüber hinaus sollen Vorurteile gegenüber anderen Akteuren abgebaut und gemeinsame Interessen gefunden werden.

## Mitarbeit der WUA in der „Öko-Kauf“-Arbeitsgruppe Lebensmittel

Das Großprojekt „Öko-Kauf Wien“ beschäftigt sich mit der Ökologisierung der Beschaffung innerhalb der Stadtverwaltung. In 14 Arbeitsgruppen werden umweltbezogene Kriterienkataloge für nahezu alle innerhalb der Stadtverwaltung benötigten Produkte, Materialien und Leistungen ausgearbeitet. Die WUA leitet 2 Arbeitsgruppen und arbeitet in 6 weiteren mit, darunter auch in der Arbeitsgruppe Lebensmittel. Diese Arbeitsgruppen verfolgen das Ziel, immer mehr Produkte aus biologischem Anbau in die Speisefolgen der öffentlichen Einrichtungen in Wien (Spitäler, Pensionistenwohnhäuser etc.) zu integrieren. Dieser forcierte Einsatz von Bio-Erzeugnissen bringt zahlreiche Vorteile für die Umwelt. An dieser Stelle nur ein Beispiel: Da im biologischen Landbau keine leicht wasserlöslichen Dünger verwendet werden, ist der Nitrateintrag in Boden und Grundwasser geringer.

Die Arbeitsgruppe Lebensmittel kann bereits auf erfolgreiche Projekte im Wiener Krankenanstaltenverbund verweisen. So wird im Neurologischen Krankenhaus Rosenhügel derzeit ein Optimierungsprojekt für Bio-Lebensmittel durchgeführt, wobei der dabei durchschnittlich eingesetzte Bio-Anteil zwischen 50 % und 60 % schwankt, mit Anteilsspitzen bis 80 %.

## PUMA Amtshaus Muthgasse

Das PUMA Muthgasse besteht seit Frühjahr 1999 und wurde anfangs von Hrn. Ing. Wolfgang Mraz, MA 32, geleitet. Per 4. Februar 2000 wurde die Leitung des PUMA-Teams von Hrn. SR Dipl.-Ing. Lukesch an Hrn. Mag. Dominik Schreiber, WUA, übertragen.

### Ausgangssituation Februar 2000:

Nach Erhebung der relevanten Ist-Daten betreffend Verbräuche an Energie, Wasser und sonstige Ressourcen im Amtshaus Muthgasse wurden erste Verbesserungsmaßnahmen diskutiert und eingeleitet. Die Erarbeitung eines eigenen Umweltmanagement-Handbuchs und eines Umweltprogramms unterblieb zunächst, da die Fertigstellung des Handbuchs für den Standort Friedrich-Schmidt-Platz 5 abgewartet werden sollte. Nach Fertigstellung sollte das Handbuch dann für den Standort Muthgasse 62 angepasst bzw. weiterentwickelt werden.

### Beispiele für Verbesserungen waren:

- Versuche mit Außenjalousien
- In Kooperation mit der Firma Merkur: Verlagerung der LKW-Kühlgutlieferungen möglichst in die Zeit vor 7.30 Uhr (Arbeitsbeginn vieler KollegInnen) wegen laufenden Motoren (Kühlaggregate)
- Anbringung von Sparperlatoren an allen Wasserentnahmestellen im gesamten Amtshaus (mit Ausnahme der Küchen)
- Montage eines Sensors in einem Kaffeeautomaten zwecks Einsparmöglichkeit von Kunststoffbechern

### Berichtszeitraum Februar 2000 bis Dezember 2001:

In Anbetracht der Tatsache, dass die EMAS-Zertifizierung noch nicht abgeschlossen und somit das Handbuch noch nicht verfügbar war, wurde seitens des PUMA-Teams zunächst damit fortgefahren, Einzelmaßnahmen umzusetzen bzw. einzuleiten:

- Deaktivierung einiger Heizkörper auf den Allgemeinflächen
- WC-Beleuchtung: Hinweisschilder für richtiges Verhalten
- Regelmäßige Bewusstseinsbildung bei allen KollegInnen durch die PUMA-Teammitglieder
- (Einkaufswagen-)Lärmmessung im Vorhof der Fa. Merkur
- Dienstfahräder: neue Hinweisschilder
- Energiesparlampen für die Schreibtischleuchten
- Deaktivierung des Ganglichts im Bereich A1 während der Nacht
- Energiekostenüberwälzung auf Lieferanten bei Getränkeautomaten: Verbrauchsmessungen
- Aufzüge: Hinweisplakate als Denkanstoß
- Pilotversuch „Biotonne“
- Projektierung Lastspitzenmanagement
- Stromverbrauch im Off-Modus: Schaltbare Steckerleisten für alle PCs und Drucker
- Bewusstseinsbildung zum Thema Stoßlüften durch alle PUMA-Teammitglieder

Die Vorgehensweise bei allen Maßnahmen wurde stets vom selben Grundsatz bestimmt: Idee, kurze Diskussion im Plenum, Übernahme des Themas durch ein PUMA-Teammitglied, Beschaffung und Aufbereitung der Entscheidungsgrundlage durch das Mitglied, Diskussion im Plenum, Entscheidung, Projektierung, Budgetierung, Realisierung.

Die einzelnen Maßnahmen wurden in klar strukturierten Aktenvermerken gelistet, sodass sie von jedermann nachvollzogen werden können. Zwischen den Treffen wurde seitens des Teamleiters stets mit den jeweiligen Teammitgliedern Kontakt gehalten, um rechtzeitig Schwierigkeiten beim Bearbeiten der einzelnen Maßnahmen zu erkennen und möglichst zeiteffizient zu arbeiten.

### Bewusstseinsbildung:

Der Bewusstseinsbildung kommt enorme Bedeutung zu, sodass hierauf großer Wert gelegt werden muss. Alle PUMA-Teammitglieder bemühen sich, die erarbeiteten Inhalte an die KollegInnen weiterzuvermitteln. Da die einzelnen Abteilungen unterschiedlich viele MitarbeiterInnen aufweisen, unterscheidet sich auch die Art und Weise, wie die Inhalte weitergegeben werden. Zur Unterstützung der PUMA-Teammitglieder wird nach den einzelnen PUMA-Treffen eine sogenannte „PUMA-Info“ (Word-Dokument) erstellt, auf dem die wichtigsten Inhalte vermerkt sind. Dieses Dokument dient als Druckvorlage o. ä.

### Öffentlichkeitsarbeit:

Diese wurde im Berichtszeitraum ebenfalls aufgebaut. Einerseits durch die bereits erwähnten PUMA-Info, andererseits durch die Einrichtung eines PUMA-Briefkastens im Foyer (Haupteingang). Weiters wurde auf einer der Plakate im Foyer ein PUMA-Infoplatk über bereits erzielte Verbesserungen bzw. Erfolge angebracht. Die bereits vor dem Berichtszeitraum im Amtshaus angebrachten PUMA-Plakate blieben hängen.

Gemeinsam mit dem PUMA-Logo, welches auf allen Plakaten und sonstigen Medien angebracht wird, wurde eine gute Präsenz im Amtshaus erreicht. Diese soll jedenfalls gewahrt bleiben.  
Weitere Maßnahmen wurden angedacht, diskutiert bzw. deren Entscheidungsgrundlagen erarbeitet, jedoch aus verschiedenen Gründen noch nicht beschlossen.

Ausblick:

Im Jahr 2001 soll das Umweltmanagement-Handbuch für das Amtshaus Muthgasse erstellt werden, dessen wesentlicher Teil auch das Umweltprogramm bilden wird. Die Umsetzung von Einzelmaßnahmen läuft aus, das Vorgehen soll sich nunmehr nach dem Umweltprogramm richten.

Neben einer forcierten externen Öffentlichkeitsarbeit soll mit einem „PUMA-TeamleiterInnen-Netzwerk“ begonnen werden.

#### **Arbeitskreis Energieeffizienz (AK EE)**

Der AK EE suchte sich mittels eines bestimmten Auswahlverfahrens ein Projekt zum Thema Energieeffizienz, welches auch das Klimaschutzziel der Stadt Wien unterstützt.

Der AK entschied sich dafür, in den Wiener Bezirken Bewusstseinsbildung zum Thema „Energieeffizienz“ zu machen. Die Zielgruppe „Bezirke“ schien deswegen so interessant und geeignet, weil die Bezirke Wiens seit der Dezentralisierung wesentlich mehr Kompetenzen im Bereich Energiekosten haben, sodass es im ureigensten Interesse der Bezirke liegen müsste, die Energieverbräuche und -kosten zu reduzieren.

Zunächst wurde erhoben, woran es mangelt, dass die Bezirke nicht jetzt schon bzw. nicht im gewünschten Maß von selbst Energieeffizienzprojekte realisieren. Ebenso wurde in persönlichen Gesprächen erkundet, ob es in den Finanzabteilungen Hemmnisse und Vorbehalte gegen besondere Anstrengungen zur Steigerung der Energieeffizienz gäbe.

Das Ergebnis war überzeugend: Während die „Finanz“ solche Ideen für gut befand und grundsätzliche Unterstützung signalisierte, zeigte sich, dass es in den Bezirken offenbar am Wissen um die Möglichkeiten zum Energiesparen mangelte sowie an entsprechendem Bewusstsein, dass dies überhaupt besonderes Thema sein könnte.

Die Bewusstseinsbildung sollte auf mehreren Wegen geschehen.

1. Schulung der Bezirksreferenten der MA 23 in den verschiedenen relevanten Fach- und Verhaltensbereichen: Sie werden von den Bezirken auch zu Energiethemen befragt und stellen Vertrauensleute dar.
2. Entwicklung eines Folders für alle BezirkspolitikerInnen sowie die MitarbeiterInnen in den Gebäuden in Bezirkskompetenz (MBÄ, Kindertagesheime, Schulen) mit konkreten, illustrierten Verhaltensvorschlägen.
3. Entwicklung einer Homepage analog Punkt 2.

Die Schulung gemäß Punkt 1 fand Mitte Dezember 2000 statt.

Die inhaltliche Entwicklung und die Erstellung des Folders sowie der Aufbau der „website“ im Internet wurden im Jänner 2001 begonnen und sollten bis Ende April 2001 abgeschlossen sein.

#### **Anerkennungsurkunde für die WUA**

Auch diesmal wieder – wie auch schon vor zwei Jahren – hat sich die WUA dem internationalen Vergleich („Benchmarking“) besonders moderner Verwaltungen beim 5. Speyrer Qualitätswettbewerb gestellt.

Am 16. Februar erhielten wir dafür im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung des Bundesministeriums für öffentliche Leistung und Sport eine Anerkennungsurkunde der Verwaltungshochschule Speyer.

Die WUA nahm bereits am 4. Speyrer Qualitätswettbewerb im Jahr 1998 teil. Außerdem reichte sie damals auch das Pilotprojekt PUMA zur Einführung von Umweltmanagementsystemen in Amtshäusern als innovatives Projekt der Stadt Wien ein (WUA-News Nr. 8/98 und 3/99).

Anders als in den vergangenen Jahren wurden diesmal von der Veranstalterin Themenfelder definiert, zu denen die Teilnahme erfolgen konnte, und zwar: BürgerInnenorientierung, Electronic Government, Personalmanagement, Politik und Verwaltung, Public Private Partnership und Wissensmanagement.

Die WUA wählte den Bereich Personalmanagement als Schwerpunkt. Dies deshalb, da gerade für eine kleine ExpertInnenorganisation wie die WUA der richtige Umgang mit der Schlüsselressource Personal von besonderer Bedeutung für eine optimale Aufgabenerfüllung ist.

Parallel dazu reichten wir auch im Themenfeld Wissensmanagement ein.

Die Motivation der WUA, auch heuer wieder an dem Wettbewerb teilzunehmen, bestand einerseits darin, unser Streben nach hoher Qualität unserer Arbeit, verbunden mit dem besonderen Bemühen um Effektivität und Effizienz, dokumentieren zu können. Andererseits war es uns ein Anliegen, neue Impulse, vor allem im Bereich Controlling und Kennzahlenentwicklung, zu erhalten und darüber hinaus Gesamtbilanz über unsere Arbeit der letzten Jahre zu ziehen.

Die Teilnahme stellte einen Anreiz für das gesamte Team der WUA dar, sich weiter zu verbessern und auch in Zukunft dem Wettbewerb mit anderen Spitzenverwaltungen zu stellen.

## Krankenhaushygiene mit weniger Risiken für Mensch und Umwelt

Im Wiener Krankenanstaltenverbund werden jährlich etwa 280 t Desinfektionsmittel verbraucht, um Patienten und Personal vor der Übertragung von Infektionen im Krankenhaus zu schützen. Aber auch Desinfektionsmittel selber können krank machen. Jedes Jahr werden von der AUVA neue Krankheitsfälle von Personen aus dem Gesundheitsdienst registriert, die aufgrund ihres täglichen Umgangs mit Desinfektionsmitteln an schwer heilbaren Hauterkrankungen erkrankt sind.

Auch die Kläranlage tut sich schwer bei der Entgiftung bestimmter Desinfektionswirkstoffe, die über das Krankenhausabwasser entsorgt werden, und so müssen auch die Umweltauswirkungen von Desinfektionsmitteln betrachtet werden.

Eine Vielzahl von verschiedenen Desinfektionsprodukten wird derzeit am Markt angeboten. Nicht alle sind gleich belastend für Mensch und Umwelt. Bisher war es jedoch für die Vertreter der Krankenhaushygiene schwer, aus dem großen Angebot jene Produkte auszuwählen, die Gesundheit und Umwelt am wenigsten gefährden. Es fehlte europaweit ein entsprechendes Handwerkszeug.

Der Aufgabe, den Hygienefachleuten ein solches Handwerkszeug zur Verfügung zu stellen, widmet sich seit zwei Jahren der Arbeitskreis „Desinfektionsmittel“, der Teil des Projekts Öko-Kauf Wien ist und von der WUA geleitet wird. Das Interuniversitäre Forschungszentrum für Arbeit, Technik und Kultur (IFZ) in Graz hat auf Initiative der WUA und im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft nun Kriterien erarbeitet, die die „Bewertung von Desinfektionsmitteln aus der Sicht von Ökologie & Arbeitsschutz“ in Zukunft wesentlich erleichtern werden.

### Workshop mit Hygienefachleuten zum Thema „Empfehlungslisten für Desinfektionsmittel“

Die WUA leitet seit zweieinhalb Jahren den Arbeitskreis „Desinfektionsmittel“, welcher sich der Bewertung von Desinfektionsmitteln aus der Sicht von Ökologie & Arbeitsschutz widmet.

Bisher wurde Folgendes erarbeitet:

- Umfassende Datensätze zur Öko- und Humantoxizität von etwa 70 Desinfektionswirkstoffen
- Datensätze zu Anwendungsvorschriften und Rahmenrezepturen von etwa 75 Desinfektionsmitteln
- Ein vom IFZ in Graz entwickeltes Bewertungsraster zur Evaluierung von Desinfektionsmitteln aus der Sicht von Ökologie & Arbeitsschutz

Die Integration der Daten und des Bewertungsrasters in eine Datenbank ist in Arbeit. Das Bewertungsraster sieht eine Evaluierung von Desinfektionsmittel(wirkstoffe)n anhand eines Notensystems für folgende sechs Parameter vor:

- akute Toxizität
- chronische Toxizität
- allergenes Potenzial
- reizende, ätzende Eigenschaften
- Einfluss auf den Belebtschlamm der Kläranlage
- Umweltverhalten in Oberflächengewässern

Die Herausgabe einer Empfehlungsliste soll helfen, die mit der Krankenhaushygiene verbundenen Risiken für Mensch und Umwelt bei gleich bleibenden Hygienestandards zu minimieren.

Nachdem im Oktober letzten Jahres bei einem internationalen Workshop mit Experten aus den Bereichen Chemikaliengesetzgebung, Krebsforschung und Krankenhausökologie das Bewertungsraster zur Evaluierung von Desinfektionsmitteln vorgestellt und gut aufgenommen wurde, fand am 17. Jänner ein neuerlicher Workshop, diesmal mit wichtigen Hygienefachleuten Österreichs, statt.

Es wurde einhellig festgestellt, dass das Bewertungsraster eine sinnvolle und gesetzeskonforme Struktur besitzt und die erarbeiteten Daten in Zukunft Arbeitnehmer- und Umweltschutz im Bereich der Krankenhaushygiene wesentlich erleichtern werden.

Ein konstruktiver Input kam auch in Bezug auf den Umgang mit Datenlücken, die leider aufgrund der geringen Zahl an Veröffentlichungen auf diesem Gebiet derzeit noch nicht geschlossen werden können.

Weiters äußerten die Hygienefachleute den Wunsch, dass eine Evaluierungsliste für Desinfektionsmittel möglichst detailliert sein und die Bewertung der oben genannten sechs Kriterien direkt enthalten solle.

### Umweltmediation – Flughafen Wien-Schwechat – Neuer Weg zur Konfliktregelung

Die WUA ist in der letzten Zeit mit einer erheblichen Anzahl von Beschwerden aus der Bevölkerung im Zusammenhang mit Lärm- und Umweltbelästigungen durch den Flughafen beschäftigt. Weitere Infrastrukturmaßnahmen, wie etwa auch die Errichtung einer neuen Piste vom Flughafen, wurden geplant.

Erfreulicherweise hat sich der Flughafen Wien entschlossen, nun im Rahmen eines Mediationsverfahrens gemeinsam mit den betroffenen BürgerInnen und Gemeinden, den Ländern Wien und Niederösterreich und den Umweltanwaltschaften Lösungen für die anstehenden Probleme zu finden, die von allen Beteiligten akzeptiert werden können.

Im Rahmen einer Pressekonferenz am 17. 7. 2000 wurde dieses Vorhaben öffentlich bekannt gegeben.

Aufgrund des zu erwartenden Verkehrsaufkommens plant die Flughafen Wien AG weitere Infrastrukturerweiterungen. Sollten die derzeitigen Verkehrswachstumsprognosen eintreffen und die technischen Voraussetzungen gleich bleiben, geht die Flughafen Wien AG davon aus, dass sie voraussichtlich ab 2010 eine neue Piste benötigt.

Erfreulicherweise hat der Flughafen Wien nun die Notwendigkeit erkannt, im Sinne einer zeitgemäßen Konfliktkultur die Befürchtungen und Ängste der Bevölkerung ernst zu nehmen und frühestmöglich mit den Betroffenen in einen Dialog zu treten.

Als Begleiter für diesen sensiblen Kommunikationsprozess mit der Öffentlichkeit und der betroffenen Bevölkerung wurde der Wiener Rechtsanwalt Dr. Thomas Prader beauftragt. Dieser schlug dem Vorstand der Flughafen Wien AG vor, den Versuch zu unternehmen, hinsichtlich der Ausbaupläne des Flughafens Wien ein Mediationsverfahren durchzuführen.

Im Rahmen von zahlreichen Vorgesprächen mit Dr. Prader, betroffenen BürgerInnen, dem Vorstand des Flughafens und der Stadt Wien hat die WUA diese Idee voll unterstützt, da sie die Ansicht vertritt, dass dieses moderne Konfliktregelungsinstrument die einmalige und einzige Chance bietet, die unterschiedlichsten Interessen zu berücksichtigen und auszugleichen.

Mediation ist ein Konfliktregelungsprozess, der insbesondere in den USA entwickelt wurde und in den vergangenen Jahren, gerade auch bei großen Infrastrukturprojekten in Deutschland und in Ansätzen auch in Österreich, zur Anwendung kam.

Ein Mediationsverfahren zeichnet sich dadurch aus, dass mit Hilfe von professionellen, allparteilichen MediatorInnen unter Einbeziehung aller Beteiligten und Betroffenen der Versuch unternommen wird, für einen bestehenden oder zukünftigen Konflikt eine zukunftsorientierte konsensuale Lösung unter Wahrung der Interessen aller Betroffenen zu finden. Wesentlich ist, dass die Teilnahme an einem Mediationsverfahren immer freiwillig ist und von jeder Partei jederzeit abgebrochen werden kann. Ebenso ist entscheidend, dass die Parteien die Positionen und Interessen der jeweils anderen anerkennen, wechselseitiger Respekt und der Wille zu einer gemeinsamen Lösung bestehen.

Die Flughafen Wien AG, die „Plattform der Bürgerinitiativen gegen die 3. Piste“, die Bürgermeister der am meisten betroffenen Gemeinden (Nachbarschaftsbeirat), die Länder Wien und Niederösterreich und die beiden Umweltanwaltschaften haben das Vorhaben, ein Mediationsverfahren durchzuführen, sehr begrüßt und ihre Bereitschaft erklärt, im Rahmen einer Vorbereitungsgruppe für den Start des Mediationsverfahrens teilzunehmen.

Die Vorbereitungsgruppe übernimmt es, die notwendigen Vorbereitungsarbeiten durchzuführen. Gegenstand des Mediationsverfahrens sind die gegenwärtigen Auswirkungen des Flughafens Wien sowie dessen Ausbaupläne und deren Auswirkungen. Ziel des Mediationsverfahrens, in welches alle betroffenen und beteiligten Parteien einzubeziehen sind, ist eine – auf kooperative Weise erarbeitete und vertraglich abgesicherte – zukunftsorientierte konsensuale Konfliktlösung.

Geplant ist bereits im Herbst, im Rahmen einer großen Einleitungsveranstaltung, zu der alle betroffenen und beteiligten Parteien eingeladen werden, zu starten.

### **Mobilfunkanlagen**

Ein Dauerthema bei der WUA ist die viel diskutierte Problematik möglicher gesundheitlicher Gefährdung durch die elektromagnetischen Felder von Mobilfunkantennen. Immer häufiger wird seitens besorgter Bürger die WUA kontaktiert und um Informationen und Hilfe gebeten, wenn Mobilfunkantennen in unmittelbarer Nähe von Wohnungen und Häusern aufgestellt werden, ohne dass die Betroffenen informiert wurden. Da mögliche Gesundheitsgefährdungen durch hochfrequente elektromagnetische Felder seitens der Wissenschaftler und Mediziner sehr kontroversiell diskutiert werden, setzt sich die WUA vehement für die Einführung eines Vorsorgewertes als vorbeugenden Gesundheitsschutz ein, sowie für eine verpflichtende Information der betroffenen BürgerInnen vor Errichtung von Mobilfunksendeanlagen. Außerdem soll die Befreiung von jeglicher Bewilligung solcher Antennenanlagen in der Bauordnung unverzüglich aufgehoben werden. Im Rahmen der Begutachtung von Antennenanlagen auf Gebäuden der Gemeinde Wien ist die WUA mit eingebunden.